

21.12.2017

Interview Jochen Homann

## "Wir müssen die Wende ganzheitlich betrachten"

Als Präsident der Bundesnetzagentur spricht Jochen Homann über die verschiedenen Sichtweisen auf die Energiewende, die Versorgungssicherheit in Deutschland und die Probleme beim hiesigen Netzausbau.

Jesco Denzel



Jochen Homann (64) ist Präsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen in Bonn.

**Wenn Deutschland über die Energiewende spricht, stehen sich anscheinend zwei Lager gegenüber: die Umweltschützer, die die Energiewende mit CO<sub>2</sub>-Reduzierung gleichsetzen, und die Gewerkschaften und Industrie, die auf hohe Kosten und wirtschaftliche wie soziale Auswirkungen hinweisen. Wer hat recht?**

Ich glaube nicht, dass wir mit dieser konfrontativen Einteilung und der Frage, wer "recht hat" zu irgendeinem sinnvollen Ergebnis kommen. Weder die Notwendigkeit der Reduzierung unseres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes noch die Notwendigkeit, insbesondere die sozialen Folgen des Umbaus nicht nur der Energiewirtschaft im engeren Sinne im Auge zu behalten, werden von irgendeiner ernst zu nehmenden Stimme infrage gestellt. Fakt ist: Die Energiewende gibt es nicht geschenkt, Importe von fossilen Brennstoffen gab und gibt es ebenfalls nicht geschenkt. Von den langfristigen volkswirtschaftlichen Kosten eines ungebremsten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gar nicht zu reden. Erforderlich ist eine ganzheitliche Betrachtung. Zur Bewertung der Energiewende

reicht es nicht aus, sich nur mit einem Teilaspekt zu beschäftigen. Es gilt, das Gesamtsystem mit all seinen Facetten zu durchleuchten. Energiewende ist eben nicht nur das EEG und die Förderung der erneuerbaren Stromproduktion. Dazu gehören auch der Verkehrssektor, die Wohnungswirtschaft und das verarbeitende Gewerbe.

**In den gescheiterten Jamaika-Sondierungsgesprächen wurden wie auf dem Basar immer größere Gigawattzahlen, die aus dem Netz genommen werden sollten, von den Grünen gefordert. Wo soll der Strom denn herkommen, wenn Knall auf Fall entscheidende Gigawatt aus dem Netz verschwinden?**

Selbst bei dem erklärten Ziel von 80 Prozent Erneuerbaren bis zum Jahr 2050 sind wir in Zeiten, in denen keine Sonne scheint und wenig Wind weht, auf eine gesicherte Leistung angewiesen. Ob diese dann etwa aus Gaskraftwerken

kommt, die mit künstlichem aus Strom hergestellten Gas betrieben werden, oder mittels heute noch nicht bekannter oder marktreifer Technologien, kann und darf nicht jetzt entschieden werden. Höchst unwahrscheinlich und deshalb jetzt zu Recht diskutiert ist dagegen, dass wir weiter Kohlekraftwerke nutzen werden. Um die Klimaziele zu erreichen, kommt man aber um eine Reduzierung der Kohlestromerzeugung nicht herum. Diese findet auch ohne politische Beschlüsse statt, schlicht, weil die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Energiemarkt dies erzwingen. Die Frage ist also nicht, OB wir aus der Kohleverstromung aussteigen, sondern WIE schnell. Und natürlich würde es die Diskussion in den betroffenen Regionen erheblich entlasten, wenn parallel zur Ausstiegsdiskussion auch über eine regional- und strukturpolitische Begleitung gesprochen würde.

### **Was meinen Sie konkret?**

Ich plädiere dafür, die Debatte um die Kohlekraft differenziert zu führen. Man darf nicht so tun, als könnten oder sollten beliebig viele Kohlekraftwerke ad hoc stillgelegt werden. Es muss unterschieden werden. So könnte es auch durchaus eine Überlegung sein, ob die Kraftwerke nur aus dem Markt genommen werden sollen, aber im Sinne der Versorgungssicherheit gegen eine entsprechende Entlohnung weiter bereitstehen, um in Zeiten knapper Erneuerbaren-Produktion einzuspringen. Schon das würde die Einsatzstunden und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Vor der Stilllegung von Kohlekraftwerken ist sorgfältig zu prüfen, ob auch in Extremsituationen genug gesicherte Erzeugung da ist, um den Verbrauch zu decken. Unter diesem Aspekt sind die in den Sondierungsgesprächen genannten Zahlen aber durchaus im Rahmen des Möglichen. Der aktuelle Szenariorahmen der Bundesnetzagentur sieht etwa im mittleren Szenario eine Reduzierung der Kohlekapazitäten von 49,7 GW 2015 auf 24,3 GW 2030 vor. Man kann sich leicht ausrechnen, wo man auf diesem Pfad im Jahr 2023 wäre.

### **Die Versorgung wäre also gesichert?**

Wesentlich bei den Überlegungen zur Versorgungssicherheit ist allerdings die Frage, ob man sich, falls erforderlich, auf Nachbarländer verlassen kann und möchte. Der europäische Strombinnenmarkt ist ein Markt und er funktioniert, wenn und weil man Geld verdienen kann. Deutschland wird für Stromimporte zahlen müssen. Aber solange wir bereit sind zu zahlen – und solange wir bereit sind, die für die Importe nötigen Netze zu bauen und zu unterhalten –, werden wir auch Strom bekommen. Dieses Geschäft lassen sich die Erzeuger nicht entgehen. Eine zwingende Voraussetzung, die bereits heute bei Kraftwerkstilllegungen geprüft wird, ist zudem, dass der Standort der für eine Abschaltung vorgesehenen Kraftwerke unter Berücksichtigung der Situation in den Netzen gewählt wird. Lassen Sie mich noch auf eine weitere Konsequenz eines Kohleausstiegs hinweisen: durch die damit verbundene Angebotsverknappung dürfte der Strompreis an der Börse steigen, was wiederum zu einer Senkung der deutschen Stromexporte führen würde.

### **Woran hakt es bei der Energiewende?**

Aus meiner Sicht ist das Hauptproblem auch hier wieder die fehlende Gesamtbetrachtung der meisten Akteure. Die einen fordern einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren, die ändern mehr Speicher. Wieder andere wollen keinen Netzausbau vor der Haustüre oder Windräder in Sichtweite. Das alles sind verständliche Interessen, aber es sind jeweils Einzelinteressen. Wenn jeder an die Energiewende nur die Forderungen stellt, die aus seiner privaten oder unternehmerischen Sicht die eigenen Vorteile sichert, so entsteht kein gutes Ganzes.

### **Der Netzausbau hinkt aber deutlich hinterher.**

Das liegt vor allem daran, dass Deutschland ein sehr dicht besiedeltes Land ist, das bereits eine Vielzahl von Infrastrukturen und damit verbundene Belastungen zu tragen hat. Außerdem erkennen die Betroffenen in der Regel keinen unmittelbaren Nutzen für sich selbst. Der Ausbau der Höchstspannung und die Vorteile eines gesamtdeutschen, ja gesamteuropäischen Strommarktes sind zu abstrakt. Diese Stromleitungen können deshalb leicht als "Monstertrassen" verunglimpft werden. Stromtransite werden verteufelt, ihre Bedeutung für Europa und den Standort Deutschland wird überhaupt nicht erkannt. Hier existiert leider noch zu viel kleinstaatliches Denken.

---

© 2018 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt  
IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Königsworther Platz 6 | D-30167 Hannover

Telefon: &nbsp;0511-7631-0 | Telefax: &nbsp;0511-7000-891

E-Mail: [info@igbce.de](mailto:info@igbce.de)